

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
AntiAtomBonn
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Bonn/Gronau, 26. Februar 2016

Nach erneutem Zwischenfall im AKW Tihange:

Anti-Atomkraft-Initiativen verstärken Druck auf Bundesregierung „Uran-Brennstoffexporte von Deutschland nach Belgien stoppen“

Nach dem erneuten Zwischenfall diese Woche im AKW Tihange verstärken der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Anti-Atomkraft-Initiativen den Druck auf die Bundesregierung. Sie fordern, dass sie den Export von angereichertem Uran aus der Urananreicherungsanlage Gronau/Westfalen sowie von Brennelementen aus der Brennelementefabrik Lingen/Emsland für den Betrieb der belgischen Pannenreaktoren in Tihange und Doel sofort unterbindet. „Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung durch den Export von Uranbrennstoff aus diesen beiden bundesdeutschen Atomanlagen erheblich zum Betrieb der hochgefährlichen belgischen Pannenreaktoren beiträgt. Damit wird die Bundesregierung für etwaige schwere Störfälle in Belgien mitverantwortlich. Ein Exportstopp ist absolut unerlässlich, um die Stilllegung der belgischen AKW voranzubringen,“ so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Recherchen von Anti-Atomkraft-Initiativen hatten im Januar ergeben, dass in Lingen produzierte Brennelemente – zum Teil mit angereichertem Uran aus Gronau – in den AKW Doel 1 und 2 zum Einsatz kommen. Vor einer Woche hatten die Initiativen dann aufgedeckt, dass angereichertes Uran aus Gronau über Urananlagen und Brennelementefabriken der Firmen Westinghouse und Enusa in den USA, Großbritannien und Spanien schließlich auch in die Reaktoren Tihange 2 und 3 sowie Doel 4 gelangt. Damit sind bundesdeutsche Uranfabriken am Betrieb von mindestens fünf der sieben belgischen AKW maßgeblich beteiligt.

„Die Bundesregierung und die beiden verantwortlichen Landesregierungen in NRW und Niedersachsen kritisieren zwar immer wieder zu Recht den unverantwortlichen Betrieb der belgischen Pannenreaktoren, aber zuhause unternehmen sie nichts gegen den Export des Uranbrennstoffs aus Gronau und Lingen. Das ist heuchlerisch – wer aus der Atomenergie aussteigen will, muss auch die Brennstoffproduktion stoppen,“ so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Anti-Atom-Demos in Antwerpen (12. März) und Gronau (25. März)

Der BBU und die Anti-Atomkraft-Initiativen rufen zur Teilnahme an der Anti-Atom-Demonstration am 12. März in Antwerpen (unweit von Doel) gegen den Weiterbetrieb der belgischen Atomreaktoren auf. Die Demo findet anlässlich des 5. Jahrestages der Fukushima-Katastrophe statt. Zugleich rufen sie zum Ostermarsch am 25. März an der Urananreicherungsanlage Gronau auf, um für die sofortige Stilllegung der Urananlagen in der Bundesrepublik Deutschland zu demonstrieren. Die UAA Gronau wie auch die Brennelementefabrik Lingen sind bislang vom Atomausstieg ausgenommen und dürfen zeitlich unbefristet für den Weltmarkt produzieren. Mit dem Ostermarsch in Gronau wird auch gegen die mögliche militärische Nutzung der Urananreicherung demonstriert.

Weitere Informationen:

www.bbu-online.de, www.urantransport.de, www.antiatombonn.de, www.sofa-ms.de